

Diese beiden Akte vom 10. und 15. November waren ein offener Verrat an der Revolution. Die SPD- und Gewerkschaftsführer halfen den Imperialisten und Militaristen, so die einzige Chance zur Erhaltung ihrer Machtpositionen wahrzunehmen.

Ausgehend von ihrer verlogenen Konzeption des „friedlichen“ Hineinwachsens in den Sozialismus, propagierten die rechten sozialdemokratischen Führer zu diesem Zeitpunkt die Idee der Nationalversammlung. Ein Parlament, das auf der Grundlage der alten Machtverhältnisse zustande kommen würde, sollte über die Neugestaltung der Verhältnisse entscheiden! Weil die Arbeiter den Sozialismus wollten, redeten ihnen die sozialdemokratischen Führer ein, ihre neue Regierung, jene Regierung, die sich eben mit Monopolisten und Generalen verbündet hatte, wäre ja eine sozialistische, und es werde auch in den Betrieben sozialisiert werden. Sie behaupteten, eben das werde eine Nationalversammlung zu beschließen haben. Unter dem Einfluß solcher Lügen kam eine sozialdemokratische Mehrheit auf dem ersten Reichsrätekongreß Mitte Dezember zustande. Der Kongreß verzichtete zugunsten des konterrevolutionären Rates der Volksbeauftragten auf gesetzgeberische Rechte und schrieb Wahlen zu einer Nationalversammlung aus. Seine Beschlüsse entschieden faktisch, daß die Macht der alten monopolkapitalistischen Kräfte unter parlamentarischen Formen aufrechterhalten blieb.

Bei der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung wurde den offen konterrevolutionären Parteien volle Handlungsfreiheit gelassen. Ihre Blätter konnten ungeschminkt militaristische und konterrevolutionäre Propaganda treiben. „Schon damals bildete der Antibolschewismus die ideologische Grundlage zum Zusammenschluß aller reaktionären Kräfte gegen die revolutionäre Arbeiterklasse.“*) Den größten Dienst leisteten die sozialdemokratischen Führer der Konterrevolution jedoch, indem sie die Januarprovokation organisierten, damit die Freikorps zunächst die Berliner Arbeiter blutig niederschlagen und eine Atmosphäre des Terrors schaffen konnten. Wie das aussah, zeigt der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Unter diesen Bedingungen gab es ein Musterbeispiel „freier“ Wahlen und eine bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung. Die Niederlage der Novemberrevolution war besiegelt.



Die kämpfenden Arbeiter und Soldaten erzielten jedoch in der Revolution eine Reihe wertvoller Teilergebnisse. Sie zwangen den deutschen Militarismus, den verlorenen Krieg abzubrechen, verjagten die Fürsten von ihren Thronen, machten Deutschland zu einer Republik, setzten eine Reihe sozialer Verbesserungen durch, wie den Achtstundentag und die Institution der Betriebsräte, erzwangen demokratische Freiheiten, darunter die Koalitionsfreiheit und die Freiheit der Rede und Schrift sowie das allgemeine gleiche Wahlrecht. Doch alle diese Errungenschaften, wengleich sie die Lage der Werktätigen verbesserten und auch günstigere Bedingungen für die revolutionäre Arbeiterbewegung schufen, änderten nichts daran, daß die ökonomische und politische Macht in Deutschland in den Händen der Bourgeoisie verblieb. Die Errungenschaften der Revolution waren jeden Tag neu zu verteidigen, weil die Bourgeoisie sie nicht verzieh.

*) Aus den Thesen des Zentralkomitees, „Neues Deutschland“⁴ vom 8. Oktober 1958.